

NOTIZEN aus der Betriebsseelsorge Böblingen
DGB-Europakongress „Europa ist eine rein kapitalistische Veranstaltung.“

Zur Begrüßung ermutigte **Betriebsseelsorger i.R. Paul Schobel** am 21. Oktober 2016 beim V.Europakongress: „Wenn Europa eine rein kapitalistische Veranstaltung ist, dann sollten wir uns auf die humane und zugleich christliche Tradition des Abendlandes zu besinnen und in Bündnissen solidarisch sein, um Kraft und Lust auf Visionen zu entwickeln.“

Beispiel Griechenland. Sozialklinik in Kalamata. Sie beruht auf den Freiwilligen, deren Arbeit **Fénia Exakoustídou** koordiniert, und dem Unterstützernetz von Ärzten, Apothekern, Handwerkern, das **Dr. Michális Bornóvas** leitet. **Michális:** „Seitdem die Regierung Tsipras im Juli 2015 trotz des ‚Ochi‘ den neoliberalen Rahmen der Geldgeber akzeptiert hat, ist die Situation für die Menschen schlimmer geworden. Löhne und Renten, zumeist um 350 €, wurden wiederum gekürzt. Steuern und Versicherungen sind immens gestiegen. Die Waren in den Supermärkten wurden in den letzten Jahren um 30% teurer.“ – Wo aber soll da das Wirtschaftswachstum herkommen? „Die KleinunternehmerInnen sind nicht flüssig, da alle pro Woche nur 440 € abheben dürfen, sodass immer mehr Unternehmen schließen. – Zahnärzte, wie ich, wissen nicht, wie sie bei einem Monatseinkommen von 750 € ihre Steuern von 13 200 € für 2016 bezahlen sollen. – Auf dem Arbeitsmarkt herrschen schreckliche Zustände: Sechs-Monats-Verträge, Löhne um die 500 €,

Leiharbeit“– „Eine kafkaeske Situation: Die Geldgeber (Europäische Kommission, Internationaler Währungsfond, Europäische Zentralbank) verbieten, eine Bank für wirtschaftliches Wachstum einzurichten! Dafür erlauben sie, Flughäfen, Häfen, Land, Wasser für Ramschpreise herzugeben.“ **Fénia:** „Theoretisch werden in Griechenland seit dem neuen Gesetz alle Unversicherten in den staatlichen Krankenhäusern behandelt, wenn sie eine Steuerkarte haben. Praktisch aber gibt es zu wenig Ärzte, besonders in der Grundversorgung, zu wenig Laborkapazität und damit zu lange Wartezeiten; zu hohe Zuzahlungen zu den Medikamenten, so dass die Armen doch wieder zu uns in die Sozialklinik kommen, um Versorgung und Medikamente zu erhalten. Außerdem habe die Frauen, vieler Migrantinnen z.B. aus Albanien keine Steuerkarte, da ihre Männer dafür Versicherungsnachzahlungen zahlen müssten.“



Beispiel Deutschland. Frankfurter Sozialwissenschaftler Professor **Rainer Roth:** Ein akzeptabler Mindestlohn muss über dem Existenzminimum liegen. Existenzminimum



bedeutet aber nicht nur, nicht zu verhungern – das wäre das physische Existenzminimum –, sondern beinhaltet auch ein Mindestmaß an kulturellem Leben. Dieses **soziokulturelle Existenzminimum** ist nach Ansicht der Bundesregierung durch Hartz IV gedeckt: Regelsatz von 409 € plus Warmmiete von 349 €. Dies aber ist zu wenig, denn eine Wohnung mit solch einer Warmmiete ist in den deutschen Großstädten nicht zu bekommen. Die **Warmmiete** müsste nach Roth wenigstens bei 420 € liegen. Und ein Regelsatz von 409 € bedeutet real Mangelernährung. Erst ein **Regelsatz** von 600 € garantiert das soziokulturelle Existenzminimum. Es gibt einen methodischen Trick beim Niedrigrechnen der Bedarfe durch die Bundesregierung: Sie ermittelt, was Geringverdiener oder Hartz-IV-Empfänger sich so leisten konnten, somit der Konsum armer Leute; sie ermittelt aber nicht den tatsächliche Bedarf, um ein gesundes Leben zu führen. – Und ein akzeptabler **Mindestlohn** muss höher sein als das soziokulturelle Existenzminimum, da Erwerbstätige nachweislich einen **Mehrbedarf** haben an Kleidung, Körperpflege, Kosten des Kantinenessens, Kontaktpflege, Mobilität usw., der nach Roth bei mindestens 300 € zusätzlich liegt. – Eine Berechnung des Mindestlohns muss nach Roth so aussehen: **Hartz-IV-Regelsatz** von 600 € plus **Warmmiete** von 420 € plus **Mehrbedarf** eines Erwerbstätigen von 300 €, also 1320 € Mindestlohn. Das wäre bei der gegenwärtigen Besteuerung ein Mindestlohn von 11,38 €, statt von 8,50 €. – Eindringlich warnte Roth davor, den Mindestlohn als Prozentsatz des Lohnniveaus zu berechnen, wie es das Europaparlament tut. Das Europaparlament hat als Maßstab für den Mindestlohn 60 % des nationalen Durchschnittslohns angesetzt. In Deutschland wären 60 % des nationalen Durchschnittslohns nur 9,75 € pro Stunde.

Beispiel Geflüchtete nach Europa: Vorsitzender des Münchner Instituts für sozial-ökologische

Wirtschaftsforschung (IWS) **Conrad Schuhler:** In der Welt gibt es Armut viel schlimmerer Art, als sie Europa kennt. Es gibt 65 Millionen Flüchtlingen weltweit, vor zehn Jahren nur 39 Millionen. Es ist zu erwarten, dass die Zahlen in gut 20 Jahren auf 200 Millionen wachsen. Durch die Flucht nach Europa treffen die Armen des Südens auf die Armen des Nordens. In Deutschland gelten etwa 20 Prozent der Bevölkerung als arm, während nur einem Promille der Bevölkerung, also etwa 80 000 Menschen, rund 17 Prozent des gesamten deutschen Volksvermögens gehören. – Die Ursache der Flucht liegt in der Logik und Wirkung des Kapitalismus. Das Durchschnittseinkommen im reichen Westen beträgt das Dreifache des Welt-Einkommens, das Fünffache des durchschnittlichen Einkommens der Schwellen- und Entwicklungsländer, das Fünzfache des Einkommens der Menschen in Afrika-Subsahara. Die 37 Industrieländer stellen 15 % der Weltbevölkerung, erzielen aber 43 % des Welt-Sozialprodukts und 62 % aller Welt-Exporte. Die 152 Schwellen- und Entwicklungsländer kommen auf 85 % der Weltbevölkerung, aber nur auf 57 % des Welt-Sozialprodukts und 37,5 % der Exporte. Nach den Zahlen des letzten Jahres kommen 69 Prozent der Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, aus Bürgerkriegsländern, wie Syrien, Irak, Afghanistan. Die Kriege sind im Wesentlichen eine Folge der Politik des Westens. Im Zentrum darin: die USA. Die Fluchtursachen zu bekämpfen heißt dann, das System vom Kopf auf die Füße zu stellen; also Umverteilung des Reichtums von den Profiten zu den Löhnen und Förderung eines leistungsfähigen Sozialstaats zur Beschneidung des Kapitalismus.



Text: Hauke Thomas und Guido Lorenz, Betriebsseelsorger u. teilw. Verwendung der PM des DGB BB. Fotos: Jörg Munder